StopEPA-Kampagne
e-Newsletter No. 6

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen und Interessierte,

mit dieser sechsten Ausgabe des newsletters der deutschen StopEPA-Kampagne möchten wir Sie/Euch über den aktuellen Stand der Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten über den Abschluss regionaler Freihandelsabkommen (EPAs) informieren.

Gegenwärtig findet im Rahmen der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine **internationale e-mail Aktion** statt, die an die Bundeskanzlerin Angela Merkel gerichtet ist. Unter anderem wird gefordert, dass sich die Bundesregierung für faire und entwicklungsfreundliche Handelsabkommen mit den AKP-Regionen einsetzt. Europaweit wurden bisher mehr als 15.000 e-mails an Frau Merkel geschickt. **Unterstützen auch Sie die Forderungen** und beteiligen Sie sich an der Aktion, indem sie eine e-mail an Frau Merkel schicken: Alles weitere zur Aktion sowie zu den Aktivitäten im Rahmen der europäischen EPA-Kampagne finden Sie unter **www.epa2007.org**, demnächst auch unter www.epa2007.de.

Inbesondere möchten wir auf die taz-Beilage zu den EPA-Verhandlungen hinweisen, die am 9. März erscheint.

Falls Sie den e-Newsletter nicht weiter beziehen möchten, senden Sie bitte eine kurze e-mail an post@stopepa.de. Wir werden Sie dann aus dem Verteiler löschen.
Weitere Informationen zur Kampagne bei der **Koordination Südliches Afrika (KOSA),** August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-9864851, Fax: 0521-63789 E-Mail: post@stopepa.de

Wir wünsche Euch/Ihnen spannende Lektüre

Viele Grüße vom StopEPA-Kokreis

---------- Inhalt ----------

1. EU setzt AKP-Staaten unter Druck
2. Hinweise auf neue Publikationen zu EPAs
3. Neues aus der StopEPA-Kampagne
4. Veranstaltungs- und Aktionshinweise

1. EU setzt AKP-Staaten unter Druck

Langsam rückt der Termin für die Unterzeichnung der EPAs (31.12.2007) näher. Auf Biegen und Brechen versuchen daher die Vertreter der Kommission, die AKP-Staaten dazu zu bewegen, sich bereits jetzt darauf festzulegen, die EPA-Abkommen bis zum Jahresende zu unterzeichen.

Den vorläufigen Höhepunkt stellte das Treffen der AKP-Handelsminister mit Vertretern der Europäischen Kommission Anfang letzter Woche in Brüssel dar. Auf diesem Treffen sollte u.a. über die Ergebnisse des sog. Review diskutiert werden, dem Bericht, der den gegenwärtigen Verhandlungsstand in allen AKP-Regionen wiedergibt und der laut Verabredung zwischen der EU und den AKP Staaten Grundlage für die weiteren Verhandlungen sein soll. Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika kommt in ihrem Bericht zu dem Schluss, dass keine der vier Verhandlungsregionen in Afrika genügend vorbereitet ist, um die Freihandelsabkommen zum 31.12.2007 abzuschließen. Noch im Januar diesen Jahres hatten die Handelsminister der Afrikanischen Union in Addis Abeba verlauten lassen, dass mehr Zeit für die Aushandlung der EPAs erforderlich sei (http://www.uneca.org/eca_resources/news/2007/EPA_Addis_Ababa_Ministerial_Declaration.pdf). Aber Vertreter der EU Kommission hatten bereits im Vorfeld des Termins in Brüssel auf Verhandlungsführer einzelner Regionen massiv Druck ausgeübt, indem sie darauf hinwiesen, dass diese ihre noch bis Ende diesen Jahres laufende Vorzugsbehandlung verlieren könnten, wenn die EPA-Abkommen nicht bis zum Ende des Jahres unterschrieben würden (vgl. auch Presseerklärungen vom 14. und 28.02.2007 unter www.stopepa.de/material.html).

Glücklicherweise ließen sich nicht alle AKP-Minister am 28. und 29. Februar in Brüssel vom Druck der EU beeindrucken. In einem ersten vorläufigen Bericht machten sie deutlich, dass die Verzögerungen in den Verhandlungen auch auf Versäumnisse der EU zurückzuführen seien, u.a. seien AKP-Vorschläge sehr spät beantwortet worden, Ergebnisse von Wirkungsstudien seien nicht berücksichtigt worden, da sie den Interessen der EU widersprächen und die EU würde sich weigern, über einzelne, für die AKP-Länder wichtige Themen zu sprechen. Erneut wiesen die Minister u.a. auf die Notwendigkeit eines verlängerten Verhandlungszeitraumes hin und forderten auch für die Zeit nach dem 31.12.2007 gemäß dem Cotonou-Abkommen Handelsvereinbarungen, die die AKP-Länder nicht schlechter stellen als zum jetzigen Zeitpunkt.

Der Umgangsstil und der bewusste Druck aufs Tempo entlarven endgültig den bisher immer von der EU gepriesenen „partnerschaftlichen und an Entwicklung orientierten Dialog“. Und sowohl die EU-Kommission als auch die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft scheinen nicht zu bemerken, dass hier die Glaubwürdigkeit aller EU-Staaten als verlässlicher und vertrauensvoller Partner aufs Spiel gesetzt wird. Statt die Ergebnisse des Review-Prozesses ernst zu nehmen und eine breitere politische und zivilgesellschaftliche Debatte in Europa sowie in den AKP-Ländern zu ermöglichen, soll nun etwas unterzeichnet werden, dessen Auswirkungen für niemanden wirklich vorhersehbar sind bzw. das Schlimmste fürchten lassen. Die deutsche Regierung bzw. das BMZ betont immer wieder, sich für die Interessen der AKP-Staaten einsetzten zu wollen. Bisher ist jedoch keine Beweglichkeit in der Position erkennbar.

2. Hinweise auf neue Publikationen, Materialien, Pressemitteilungen zu EPAs

- **Presseerklärunge***n* der europäischen und deutschen EPA-Kampagne finden sich unter: www.stopepa.de/material.html

- Am **9. März** gibt es in der **taz** eine ausführliche **Beilage**, die über EPAs informiert.

- **Romain Perez: Are the Economic Partnership Agreements a First-best Optimum for the African Caribbean Pacific Countries? Im Journal of World Trade 40(6): 999±1019, 2006**
  Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass AKP-Exporteure, die bisher bereits vom nahezu zollfreien Markzugang zur EU profitiert haben, unter EPAs keine nennenswerten

Exportsteigerungen erzielen werden. Die EU-Exporteure dagegen würden ihre Anteile auf den AKP-Märkten erheblich ausbauen können. Dies hätte für die AKP-Länder zum einen extrem unausgeglichene Handelsbilanzen zur Folge, zum anderen würde der Handel zwischen den AKP-Staaten geschwächt. Zudem würden die AKP-Länder einen wesentlichen Rückgang ihrer (geringen) industriellen Produktion in Kauf nehmen müssen. Die Anwendung der bestehenden EBA-Initiative für die LDCs sowie des Allgemeinen Präferenzsystems für die Non-LDCs hätten im Vergleich zu den EPAs weit weniger negative Folgen, teilweise sogar positive Auswirkungen. . (download des vollständigen Artikels unter www.stopepa.de/material.html)

- **Agriculture and Development in the EPA Negotiations**
  Die Studie des Swedish Board of Agriculture International Affairs Division versteht sich als Hintergrundpapier zu den EPA-Verhandlungen im landwirtschaftlichen Bereich. Es gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Handel mit Agrarprodukten zwischen den EPA-Regionen und der EU (ebenso über den Handel innerhalb der AKP-Regionen) und identifiziert Hauptexportprodukte und –länder sowie sensible Sektoren im Hinblick auf Importe und Exporte. Die Studie kann heruntergeladen werden unter: www.sjv.se/webdav/files/SJV/trycksaker/Pdf_rapporter/ra06_32E.pdf

- **David and Goliath: argument against the Economic Partnership Agreements (EPAs) between the European Union and the African, Caribbean and Pacific countries.**
  Von Jacques Berthelot (berthelot@ensat.fr), Solidarité (http://solidarite.asso.fr). Der ausführliche Artikel zu EPAs bietet spannende Anmerkungen und Einsichten rund um Artikel XXIV (GATT) Der Artikel kann heruntergeladen werden unter: www.stopepa.de/material.html

- **Aktuelle Informationen zum gegenwärtigen Verhandlungsstand** in den sechs verschiedenen Regionen ist zu finden unter: www.acp-eu-trade.org/newsletter/acp-eu-trade/TNI_0107_epa-update-long.php

3. Neues aus der StopEPA-Kampagne

Anläßlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird die StopEPA-Kampagne zusammen mit einer breiten Koalition europäischer Organisationen und der AKP-Zivilgesellschaft politischen Druck auf die Bundesregierung ausüben, um eine entwicklungsorientierte und nachhaltige Ausrichtung zukünftiger Handelsabkommen einzufordern, die nicht der neoliberalen Freihandelslogik folgen. Mehr Informationen zu den geplanten Aktionen in Kürze unter www.epa2007.de und www.stopepa.de

Am 27. Februar 2007 fand in Berlin die **internationale Konferenz „David gegen Goliath? Die entwicklungspolitische Kohärenz zukünftiger Freihandelsabkommen zwischen der EU und Afrika“** im Rahmen des VENRO-Projekts zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft statt. Die deutsche Bundesregierung hat zugesagt, sich im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 besonders für die entwicklungsförderliche Ausgestaltung der EPAs einzusetzen. Wiederholt hat die Zivilgesellschaft in den AKP-Staaten und der EU dagegen ihre Kritik am derzeitigen EPA-Konzept bekräftigt. Die Zeit wird nun knapp: „Die EU muss jetzt ein Interim-Regime beschließen, dass den AKP-Staaten bis zum Abschluss der Verhandlungen ihren bisherigen Marktzugang sichert“, forderte Klaus Schilder. „Nur so kann verhindert werden, dass die Importe aus den AKP-Staaten Anfang des kommenden Jahres einbrechen. Die Kosten des Interim-Regimes sind gering gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden, die entstehen, wenn die Existenzgrundlage vieler AKP-Exporteure gefährdet wird.“

Ein afrikanisch-europäisches Streitgespräch unterstellte die EPAs einem Entwicklungstest: Sind sie Entwicklungschance oder Armutsfalle? Grundlegende Kritik an der Neuordnung regionaler Zusammenschlüsse im Rahmen der EPA-Verhandlungen äußerte Henning Melber von der Dag Hammarskjöld Foundation in Schweden: „Die EU maßt sich an zu sagen: ´Jetzt müsst Ihr euch

entscheiden! Seid ihr Ost-, West- oder südliches Afrika?`“ Die so geschaffenen Verhandlungsgruppen seien in abstrakten Formen zusammengewürfelt, die die regionale Integration im Rahmen bestehender Zusammenschlüsse wie SADC oder ECOWAS gefährde. Medicine Masiiwa vom African Policy Institute on Policy Analysis pflichtete Melber bei. Die EPA-Verhandlungen sind seiner Ansicht nach sogar „Katalysatoren der wirtschaftlichen Desintegration“. Dadurch werde auch der Süd-Süd-Handel erheblich erschwert. Auf die Kritik der NRO reagierte Evita Schmieg aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Gefahr, die von den EPAs und der Liberalisierung ausginge, werde überbewertet. Das Prinzip der Asymmetrie, die Übergangsfristen und Schutzklauseln für Entwicklungsländer würden hingegen eine große Flexibilität gewährleisten.

Kontrovers diskutiert wurde die Zeitspanne für den Abschluss der EPA-Verhandlungen, der von der Europäischen Kommission für Ende des Jahres vorgesehen ist. Eine DiskussionsteilnehmerInnen forderten die Bundesregierung auf, sich nicht von einer bedingungslosen „WTO-Kompatibilität“ abhängig zu machen. Es könne nicht sein, so Evita Schmieg hierauf, dass man sich die WTO-Regeln aussuche, die man beachtet. Das Strafverfahren gegen die EU liege in vielen lateinamerikanischen Staaten schon in der Schublade. Anderer Meinung war unter anderem Gyekye Tanoh vom Third World Network Afrika. Die EU sollte ein Streitschlichtungsverfahren vor der WTO in Kauf nehmen, um den afrikanischen Ländern genügend Zeit zur Vertiefung ihrer regionalen Integration und zur Anpassung ihrer nationalen politischen Handlungskonzepte zu gewähren. Eine Liberalisierung zum jetzigen Zeitpunkt sei verfrüht. Frauen, Kleinbauern, Arbeitnehmer sowie kleine und mittlere Unternehmen wären potenziell besonders negativ betroffen. Tanoh forderte auch dazu auf, die Mittel für Anpassungsmaßnahmen den besonders gefährdeten Gruppen zu kommen zu lassen.

4. Veranstaltungs - Aktionshinweise

Ab sofort: **Internationale e-mail Aktion an Kanzlerin Angela Merkel**, Beteiligung möglich unter www.epa2007.org, dann bei „Take action“

12.03.2007 Internationale NRO Konferenz: „**Afrikas Perspektive – Europas Politik“** Details unter www.afrikas-perspektive.de

19.04.2007 **Internationaler Aktionstag** vor den deutschen Botschaften, in Deutschland vor dem Kanzleramt in Berlin. Nähere Informationen in Kürze unter www.epa2007.de, oder unter www.epa2007.org.

06.-10.06.2007 Ev. Kirchentag in Köln

23.-27.06.2007 13. Sitzung der gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung EU-AKP in Wiesbaden